

Basel wird allein gelassen

Bei der Überwachung des Staatsschutzes kämpft der Kanton isoliert

Philipp Loser, Bern

Zwei Gutachten aus Basel, zwei abschmetternde Antworten aus Bern: Bei der besseren Überwachung des Staatsschutzes kämpft die Stadt auf verlorenem Posten. Die anderen Kantone schauen wenig interessiert zu - und warten auf eine nationale Lösung.

Bei den Hooligans, da klappt es. Wie Fussballrowdys aussehen und sich benehmen, weiss man auch in Zürich, Bern oder St. Gallen aus eigener Anschauung. Vertreter der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) versuchen nun seit einigen Wochen ein nationales Programm zur Bekämpfung von Gewalt im Fussball zu erarbeiten. Gemeinsam. Koordiniert.

Was bei Fussballchaoten mustergültig funktioniert, geht bei der besseren Überwachung des Staatsschutzes in den Kantonen mustergültig schief. Als einziger Kanton versucht Basel-Stadt seit einiger Zeit mit einer Verordnung Einblick in die Arbeit der Staatsschützer auf Kantonsgebiet zu erhalten. Bisher vergeblich. «In den anderen Kantonen fehlt der Leidensdruck», sagt die Basler Ständerätin Anita Fetz, die bereits verschiedene Vorstösse zur Sache lanciert hat. «Jeder liberale Mensch muss es unverständlich finden, dass es in unserem Rechtsstaat eine derartige Blackbox gibt», sagt die Ständerätin, die sich die Untätigkeit der anderen Kantone durch «schlichte Nachlässigkeit» erklärt. Anders in Basel: «Unsere Situation ist durch die Betroffenheit nach der Fichierung der Grossräte begründet», sagt Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP). Diese Situation und diese Betroffenheit fehle in den anderen Kantonen. «Dabei ist das Problem überall das gleiche.»

In allen Kantonen gibt es Ableger des Staatsschutzes, in allen Kantonen werden Daten erhoben, die vor dem Zugriff durch kantonale Behörden geschützt sind. Im Normalfall ist das kein Problem - wenn die Staatsschützer übereifrig Parlamentarier fichieren, wird es jedoch eines.

Dieses Problem und die Folgen des Fichenskandals schilderte Gass seinen Kollegen in der KKJPD in der Frühlingsversammlung von diesem Jahr. Anders als bei der Hooliganproblematik blieb das Interesse der anderen Kantone bescheiden. «Ich habe referiert. Eine Diskussion gab es nicht», beschreibt Gass den Auftritt.

Eine Bundesaufgabe. Die St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter (FDP), Vizepräsidentin der KKJPD, gibt dieses Desinteresse mehr oder weniger offen zu. «Die Überwachung des Staatsschutzes ist eine Bundeskompetenz.» Bundesrat Ueli Maurer, der an der fraglichen Sitzung ebenfalls anwesend war, habe eine nationale Lösung in Aussicht gestellt. Keller-Sutter: «Die Kantonsparlamente können in dieser Frage gar nicht zuständig sein.» Tatsächlich hat Ueli Maurer ein nationales Gesetz versprochen, letztmals vor einer Woche, als das VBS die kantonale Regelung der Basler bereits zum zweiten Mal verwarf. Doch ist diese Ankündigung eine vage: Man habe Handlungsbedarf für eine nationale Aufsicht mit mehr Kompetenzen erkannt, hiess es sinngemäss im Antwortbrief aus Bern, und selbst Hanspeter Gass sagte dazu, dass ihm das «zu wenig konkret» sei.

Am 6. November wird zwischen Gass und Maurer ein Gespräch stattfinden, in dem der Spielraum für eine künftige Regelung ausgelotet werden soll. «Ideal wäre es natürlich, wenn die Basler Variante als Modell für die gesamte Schweiz dienen könnte», sagt Gass. Im Basler Modell werden Staatsschützer und Überwacher in einer Gruppe integriert. Die Basler SPGrossrätin Tanja Soland - eine der Betroffenen des Fichenskandals - setzt grosse Hoffnungen in das Treffen vom November. «Entweder präsentiert der Bund eine eigene Lösung oder er übernimmt den Basler Ansatz. Alles andere geht nicht», sagt die Grossrätin ultimativ. Auch der Basler Datenschützer Beat Rudin denkt, dass der Weg über eine nationale Lösung führen muss: «Letztlich ist nur eine Lösung wirksam, die auf Bundesebene eine echte Kontrolle des Staatsschutzes installiert.» Und die damit für alle Kantone gelte.